

Hundert Tage Einsamkeit



Stahlarbeiter Lafontaine - Teilausstieg aus der Parteipolitik

Wahlsieg gelungen - Partei tot?

Nach dem Regierungswechsel an der Saar fragten einige Leitartikel „Kommt jetzt der Ökosozialismus?“. Wie gebannt starrte die bundesdeutsche Öffentlichkeit auf das rote Saarland in Erwartung revolutionärer Taten. Doch die ersten drei Monate brachten zunächst Ernüchterung. Nicht der freche Enkel Oskar, nein, die biederen Parteiarbeiter Börner und Rau machten durch Attacken auf die Bundesregierung (etwa in der Atompolitik oder in Sachen Medienstaatsvertrag) von sich reden.

Ob SDI oder Gentechnologie, SPD-Grundsatzprogramm oder Rentenfinanzierung, ob Katalysator oder Weinskandal: Kein nennenswerter Beitrag zur bundespolitischen Diskussion kam nach dem 10. März aus Saarbrücken. Die Saar-SPD, so spotteten Kritiker, habe die Aufregung über den größten Wahlsieg in ihrer Geschichte nicht überlebt: die Partei sei tot.

Richtiger ist wohl: Die Partei ist nicht tot, aber einige ihrer lebendigsten Teile hängt in den Mühlen einer schwarzen Ministerialbürokratie und versuchen dort, festen Boden unter die Füße zu bekommen. Das ginge einfacher, wären diese Leute in den Ministerien nicht weitgehend auf sich allein gestellt (bei manchem Ministerwechsel während der CDU/FDP-Zeit rollten mehr Köpfe als nach dem 10. März). Jo Leinen jeden-

falls hat große Mühe, den KABV an der Leine zu halten; und Friedel Läßple, der nichtsahnend einige katastrophale Vorlagen aus dem eigenen Haus abgezeichnet haben soll, mußte von einem Genossen mit den Worten motiviert werden: „Friedel, denk immer dran, Du bist der Minister - nicht die.“

Mit dem Abstand von einigen Monaten betrachtet, war es vielleicht doch ein Fehler, auf einen konsequenten Personalaustausch zu verzichten, vielleicht sogar ein Sparen an der falschen Stelle. Draußen im Lande ist diese Sparsamkeit kaum bekannt geworden - wie sollte sie auch, wurde doch der Etat für Öffentlichkeitsarbeit radikal gekürzt.

Balanceakt wegen ARBED

Währenddessen hat sich der Mann, an den so viele ihre Hoffnungen knüpfen, kurzfristig aus der aktuellen Parteiarbeit verabschiedet; ein befristeter und wohl auch notwendiger Teilausstieg. Oskar Lafontaine arbeitet wie jeder Aureliano Babilonia aus Gabriel Garcia Marquez' Roman an einem für ihn und unser Land existenziellen Problem. Seine einzige Chance:

Den Fall ARBED Saarstahl und die Schuldenkrise des Saarlandes zu lösen.

Dabei bewegt er sich auf einem schmalen Grat. Auf der einen Seite sind die hochgeschraubten Erwartungen an den Wahlsieger Lafontaine, der mit

Der Sturm, der das Dorf Macondo heim-suchte, riß mit Zyklonengewalt Türen und Fenster aus den Angeln, deckte Dächer ab, entwurzelte die Grundmauern. Derweil saß Aureliano Babilonia wie seit Jahr und Tag in seinem Arbeitszimmer, unbeeindruckt von dem Geschehen um ihn herum, und entzifferte die Pergamente des alten Melchiodes, an denen sich seine Vorfahren seit hundert Jahren stets vergebens versucht hatten. Die Papiere enthielten den Schlüssel zur Existenz der Familie Buendia und des von ihr gegründeten Dorfes, aber Aurelianos Erkenntnis kam spät, zu spät, „weil die zu hundert Jahren Einsamkeit verurteilten Sippen keine zweite Chance auf Erden bekamen.“

„denen in Bonn“ abrechnen soll - in allen Bereichen der Politik. Andererseits ist das arg verschuldete Saarland auf Gedeih und Verderb auf das Wohlwollen der Bundesregierung angewiesen.

Im Regierungsprogramm der saarländischen Sozialdemokraten heißt es nüchtern, „die SPD Saar hält ihre Forderungen aufrecht, daß den öffentlichen Hilfen auch Eigentumsrechte entsprechen müssen“. In vielen Veranstaltungen vor dem 10. März war Lafontaine gefragt worden, was er tue, wenn die Bundesregierung diese Absicht boykottiere. Die Antwort lautete stets: „Auf diese Diskussion freue ich mich jetzt schon.“ Nun hat er die Diskussion, aber Freude hat er offensichtlich nicht daran.

Anfangs war es wohl seine Absicht, in Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu einer Einigung zu kommen; daher auch die Zurückhaltung in bundespolitischen Fragen, um die Bundesregierung nicht zu verprellen. Aber die Zeit läuft Lafontaine davon, nicht Bangemann oder Stoltenberg. Und den Herren in Bonn macht es offensichtlich Spaß, den Hoffnungsträger der SPD zappeln zu lassen - man will ihn vorführen, demontieren. Daher war es höchste Zeit, daß die Landesregierung nun lautstark auf Gegenkurs steuerte - gegen solche Leute hilft nur viel Geld oder brachiale Gewalt.

Lafontaines Rechnung kann jedoch nur aufgehen, wenn er die öffentliche Meinung auf seiner Seite hat, und daran

hapert es zur Zeit. Gerade die wichtigen wirtschaftsliberalen Blätter verfolgen den Kurs der Saar-Regierung noch mit Skepsis, ja Unverständnis.

Sozialdemokratische Erblast

Doch es gibt nicht nur das Problem ARBED als traurige Erbschaft der Firma Zeyer & Klumpp Nachf., in vielerlei Hinsicht verfolgt der Schatten des linken Vordenkers Lafontaine den Regierungschef Lafontaine.

Da schreibt der als couragierter Friedensdemonstrant bekanntgewordene Ministerpräsident ein Grußwort zum Tag der offenen Tür des Fallschirmjägerbataillons 263 in Saarlouis und zitiert aus einem Fallschirmjägerlied: „Uns gehört der blaue Himmel, die Wolken und der Wind./Uns gehört die grüne Erde, weil wir Fallschirmjäger sind./Wie die Falken stoßen zur Erde wir nieder./die Schirme schwirren wie weißes Gefieder./um unsere Ohren pfeift der Wind.“

Da regt die Saar-Regierung an, zur Rettung von Arbeitsplätzen solle die Firma Streif Wohnungen für amerikanische Truppenangehörige bei Ramstein errichten. Also derselbe Mann, der in seinem Buch „Angst vor den Freunden“ dazu auffordert, durch Streiks Rüstung und Kriegsvorbereitungen zu boykottieren, der mit der Auffassung sympathisiert, daß „die amerikanischen Truppen nichts mehr bei uns verloren haben“, der will den Aufrüstern für ihr schändliches Tun sogar noch die Herberge zur Verfügung stellen.

Man erinnert sich auch noch, daß der Oberbürgermeister Lafontaine als Schirmherr eine Anti-BILD-Veranstaltung mit Günter Wallraff unterstützte, und reibt sich verwundert die Augen, daß der Wahlkämpfer wie der Ministerpräsident Lafontaine diesem Blatt für Interviews zur Verfügung steht.

Inhalt:

Titelgeschichte:

100 Tage SPD-Regierung S. 1
Brunhilde Peter
zum § 218 S. 6

Dokumentation:

Referat von Vera Konieczka S. 16
Frauen-Resolution S. 18
'König' Stumm und die
Saarbrücker Zeitung S. 8

Plakat:

Kompostierung organischen
Hausmülls S. 10/11
Hochschulrahmengesetz
à la CDU/FDP S. 12
Jugendzentrumsberater S. 14
Neues aus St. Wendel S. 15
Kulturelle Ecke S. 13
Aufnahmeantrag für die
Juso-Funktionärskartei S. 20



Der Kopp der Staatskanzlei

Man hört, daß sich die Saar-Regierung für die Streckenführung des französischen Hochgeschwindigkeitszuges TGV von Paris nach Frankfurt einsetzt. Und liest in einer Wahlkampfzeitung nach, daß noch vor einem Dreivierteljahr die SPD diese „Seifenblase“ der „Herrn Zeyer und Vogel“ aus ökologischen Gründen platzen lassen wollte. Die SPD damals: „Wenn TGV - dann Pfalz ade!“



Kultusminister Breitenbach -
»Star« der ersten 100 Tage

Oskar Lafontaine scheint es gelernt zu haben, mit solchen Widersprüchen zu leben. Doch er hat einen Ruf zu verlieren. Und, was wichtiger ist: Die Glaubwürdigkeit der Partei insgesamt, in den vergangenen Jahren arg strapaziert, steht auf dem Spiel. Das gilt übrigens in ganz besonderem Maße auf dem Felde, das hochtrabend „Neue Meinungsvielfalt Saar“ bezeichnet wurde.

Erste Erfolge

Indes gibt es auch Positives zu vermelden. Gegen die vereinigte Reaktion aus ÖTV (!) und Beamtenbund wurde die Ministerialzulage gekappt. (Die Arbeitnehmervertreter konnten sich jedoch erst im Nachhinein melden!)

In den Bereich des Innenministers fallen die Aufhebung des Radikalenerlasses, die Duldung friedenspolitischer Initiativen von Gemeinden und eine an den Mehrheitsverhältnissen in den Kreisen orientierte Bestellung der Landräte.

Bittere Pillen am Rande: Ausgerechnet in dem Kreis, in dem es eine satte SPD-Mehrheit gibt, mußten sich der Unterbezirk und sein ungeliebter Minister einen ersten Machtkampf leisten. Hinspiel 1:0 für die Partei vor Ort, Rückspiel demnächst? Hajo Hoffmann zeichnete mit anderen Ressortchefs für das „Ausbildungsprogramm Saar“ verantwortlich.

Zum Start der ersten 100 Tage hat sich jedoch überraschend Kultusminister Diether Breitenbach entwickelt. Die Einrichtung von Gesamtschulen, im Wahlkampf kaum ein Thema, ist zum Selbstläufer geworden. In Gersheim etwa fehlten selbst der örtlichen CDU die Gegenargumente. Die Entwicklung scheint dem Kultusminister beinahe zu rasch voranzuschreiten, so groß ist der Nachholbedarf. Breitenbach will Gesamtschulen mit Vor- und Umsicht einführen, er hat aus den Querelen in Hessen und NRW gelernt. Da können überstürzte Aktivitäten der Parteigremien vor Ort mehr schaden als nützen. Der Paradiesvogel unter den Ministern ist Josef aus Bisten. Belustigt vermeld-

dete dpa., daß Container Jo inzwischen im Dienstwagen reist, mit Konfektionsanzug und Krawatte auftritt, die FRANKFURTER RUNDSCHAU verfolgt mit Spott, wie er Woche für Woche die von seinen Vorgängern geplanten Straßen einweihen muß, und seine Äußerungen zur „Atomwaffenfreien Zone Saar“ wie zum Rallye-Unwesen schrecken bürgerliche Medien. Dies alles ist willkommene Ablenkung von den Problemen im eigenen Haus - aber nur auf Zeit.

Eine der wichtigsten Positionen ist die des Chefs der Staatskanzlei. Oskar Lafontaine ernannte Reinhold Kopp, weil er wußte, dies ist der beste SMann für den Job. Reinholds Problem ist: Er weiß es auch, aber manch anderer nicht. So wird die Soveränität, mit der Kopp agiert, von außen oft als Arroganz empfunden. Doch Solidarität ist notwendig, wo die Regierungsarbeit koordiniert werden soll und die auf Dauer unverzichtbaren Planungs- und Entscheidungsinstrumente entwickelt werden müssen.

Wer drängt, wer schiebt, wer stellt die unbequemen Fragen?

Manches wird sich in den nächsten Monaten von selbst einspielen. Doch, um auf die provozierende Frage vom Anfang („Wahlsieg gelungen - Partei tot?“) zurückzukommen, wie werden

sich die Gewichte zwischen Regierung, Fraktion und Partei einpendeln? Die Fraktion wird sich nicht alles von der Regierung gefallen lassen, dafür bürgt schon die Person des Fraktionsvorsitzenden. Aber wer drängt, wer schiebt, wer stellt die unbequemen Fragen, wenn Fraktion und Regierung in technokratischen Zwängen zu ersticken drohen? Da fallen einem zuallererst die Arbeitsgemeinschaften ein, Jusos, AsF, vielleicht die AfA. Die Partei selbst wird aber dominiert von denen, die in die landespolitische Verantwortung eingebunden sind. Vielleicht tun neue Gesichter not, damit das aufrechterhalten werden kann, was Oskar Lafontaine in »Der andere Fortschritt« so beschrieben hat:

»Wir dürfen uns auch nicht durch die kleinbürgerlichen Vorurteile einer konservativen Meinungsmache beirren lassen: Der offen ausgetragene Widerstreit der Meinungen war und bleibt das demokratische Lebenselixier einer linken Volkspartei.«

Wenn wir so weit sind, müssen wir auch immer wieder die alte Frage aufwerfen, ob nicht das Amt des Landesvorsitzenden von dem des Regierungschefs abgekoppelt werden soll. Eine Frage, die jetzt noch nicht beantwortet werden muß.

Roland Weber

Sozialistische Praxis

Hiermit bestelle ich die SP - Sozialistische Praxis - zum jährlichen Bezugspreis von DM 20,- für 6 Ausgaben (incl. Porto). Sollte ich vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellen, bitte ich jeweils um jährliche Verlängerung. Ich nehme Ihre Garantie zur Kenntnis, daß ich diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Gewünschte Zahlungsweise bitte ankreuzen:

- gegen Rechnung
Bitte keine Vorauszahlung. Rechnung abwarten.
- oder Bargeldlos durch Einzugsermächtigung
Bitte keine Vorauszahlung.

Vorname/Name _____

Straße/Nr. _____

(PLZ) Wohnort _____

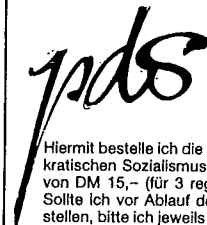
Geldinstitut _____

Kontonummer/Bankleitzahl (vom Scheck abschreiben) _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bestellung an:
SP-Verlag, Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg



Hiermit bestelle ich die pds - Perspektiven des Demokratischen Sozialismus - zum jährlichen Bezugspreis von DM 15,- (für 3 reguläre Hefte plus Sonderheft). Sollte ich vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellen, bitte ich jeweils um jährliche Verlängerung. Ich nehme Ihre Garantie zur Kenntnis, daß ich diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Gewünschte Zahlungsweise bitte ankreuzen:

- gegen Rechnung
Bitte keine Vorauszahlung. Rechnung abwarten.
- oder Bargeldlos durch Einzugsermächtigung
Bitte keine Vorauszahlung.

Vorname/Name _____

Straße/Nr. _____

(PLZ) Wohnort _____

Geldinstitut _____

Kontonummer/Bankleitzahl (vom Scheck abschreiben) _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bestellung an:
SP-Verlag, Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg

AK-Termine

AK Sozialpolitik Do. 12.09.85, 19 Uhr, Juso-Laden Sbr.,
Thema: Probleme des Wohnungsbaus

AK Emanzipation
Mi. 11.09.85, 20 Uhr, Gasthaus „Zum Schloßgarten“, Sbr.
Thema: DGB-Herbstaktionen, Frauenkongreß,
Juso-Landeskonferenz

AK Betriebs- u. Gewerkschaftsarbeit
Do. 15.09.85, 19 Uhr, Landtag

IMPRESSUM

Herausgeber Juso-Landesverband Saar, Hohenzollernstr. 45,
..... 6600 Saarbrücken, ☎ (0681) 58 17 37
Redaktion Michael Habermann, Petra Wedler, Carlo Weber,
..... Roland Weber, Christian Lackas, Ute Stappert, Willi Kräuter
Satz u. Druck: Offsetdruckerei Jürgen Burgard, Luisenstr. 33,
..... 6689 Merchweiler, ☎ (06825) 6292

Der Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) enthalten. Nichtmitglieder-Preis: DM 1,-. Der Juso-Telegraph erscheint alle 2 Monate.